

# Alter Terror und neue Bomben

## In den Südphilippinen fordert »zweite Front gegen den Terror« immer mehr zivile Opfer

von Rainer Werning

*Die Regierung in Manila betreibt wie vor drei Jahren unter dem damaligen Präsidenten Joseph Estrada eine »Politik des totalen Krieges« gegen den Moro-Widerstand, um ihn militärisch zu brechen und ihm einen Diktatfrieden aufzuzwingen.*

**E**x-General Eduardo Ermita, der heute als präsidentialer Berater in Fragen des Friedensprozesses fungiert, hat wiederholt betont, binnen sechs Monaten müsse mit der MILF endgültig ein Friedenspakt geschlossen sein. Andernfalls sei nicht auszuschließen, daß die MILF in die »Liste ausländischer terroristischer Gruppen« des US-amerikanischen Außenministeriums aufgenommen würde. Seit dem 11. Februar führen die philippinischen Streitkräfte unter offenem Bruch des vor zwei Jahren in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur ausgehandelten Waffenstillstandsabkommens erneut Krieg gegen die Verbände der MILF, der bislang über 200 Tote forderte und nach neuesten Angaben 21.4000 Zivilisten obdachlos gemacht hat.

Nach dem verheerenden Bombenanschlag vom 5. März auf dem Flughafen der südphilippinischen Stadt Davao sind mittlerweile neun Personen verhaftet worden. Zu ihnen gehören fünf vermeintliche Mitglieder der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF), der zur Zeit größten und politisch einflussreichsten Organisation des muslimischen Widerstandes.

21 Menschen kamen bei dem Anschlag ums Leben, etwa 150 weitere wurden teils schwer verletzt. Für den Anschlag machen die philippinischen Behörden die MILF verantwortlich. Diese wies die Vorwürfe entschieden zurück. Ihr Sprecher Eid

Kabalu erklärte, seine Organisation lehne solche Terrorakte, die sich zudem gegen Zivilisten richten, kategorisch ab.

Unterdessen bekannte sich die Kidnapper-Gruppe der Abu Sayyaf nach Angaben eines philippinischen TV-Senders zu dem Anschlag. In einem Telefoninterview behauptete dies zumindest ein Mann, der sich als Hamsiraji Sali und führendes Mitglied der Abu Sayyaf ausgab. »Wir wollen die Wirtschaft des Landes zerstören. Deswegen haben wir den Flughafen als Ziel gewählt«, sagte der Mann dem Sender. Sprecher der philippinischen Streitkräfte (AFP) bezeichneten die Angaben des Mannes jedoch als Propaganda.

In Washington erklärte derweil der Sprecher des Weißen Hauses, Ari Fleischer: »Die USA werden Schulter an Schulter mit der philippinischen Regierung zusammenarbeiten, um sicherzustellen, daß die Verantwortlichen (der Attentate) zur Re-

chenschaft gezogen werden.« Anstatt »Kooperation« verwendete Fleischer die Redewendung »Schulter an Schulter«. Das war offensichtlich mit Bedacht gewählt, denn bereits im Januar 2002 eröffneten die USA in den Südphilippinen erklärtermaßen die »weltweit zweite Front gegen den Terror« nach Afghanistan. Damals wurden mehrere tausend GIs im Rahmen des sogenannten »Balikatan-(Schulter-an-Schulter) Manövers« in die Philippinen entsandt. (Siehe auch: *südostasien* 4/2002, S.68ff.) Und nun steht die unbefristete Stationierung von neuerlich 3.000 GIs in der Region an.

Während in zahlreichen philippinischen Städten Demonstrationen gegen einen US-geführten Krieg gegen Irak und die Eskalation der Gewalt in Mindanao stattfinden, suchen die Regierungen in Manila und Washington nach Gründen, um ihren »Antiterrorfeldzug« im Süden der Philippinen zu legitimieren. Da dürften

### Bitte unterstützen Sie eine unabhängige Berichterstattung!

Die in Mindanao ansässige Nachrichtenagentur **Mindanews** möchte durch eine unabhängige Berichterstattung auf die Lage vor Ort aufmerksam machen und somit die Regierung unter Druck setzen, sich an die Waffenstillstandsvereinbarungen zu halten. Da es jedoch an logistischen Mitteln fehlt, ist die relativ kleine Agentur für Spenden sehr dankbar — jeder Betrag (und sei er noch so klein) hilft.

Wer die Arbeit von Mindanews finanziell unterstützen möchte, kann eine Spende mit dem Vermerk »Mindanews« auf das Konto des philippinenbüros überweisen (Konto-Nr. 8218900; Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 37020500) — wir werden das Geld umgehend an Mindanews weiterleiten.

*Dr. Rainer Werning, Politikwissenschaftler und Publizist, hat sich u.a. seit Anfang der 70-er Jahre längere Zeit zu Studienzwecken in der Region aufgehalten.*

ihnen die Anschläge von Davao sehr gelegen kommen.

## Moro-Widerstand gegen Manilas Kriegspolitik wächst

In ungewöhnlich scharfer Form kritisierte Hashim Salamat, Vorsitzender des Zentralkomitees der MILF, die aktuelle Politik von Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo. In einem vom 26. Februar datierten und dem Autor zugeleiteten Schreiben des MILF-Vorsitzenden heißt es: »Ursprünglich war vorgesehen, dass unmittelbar nach dem (muslimischen Fest; d.Red.) *Eid-ul Adha*, dem Höhepunkt der Pilgersaison, die Verhandlungsteams beider Seiten, der MILF und der GRP (Regierung der

Philippinen; d.Red.), in Kuala Lumpur weiter verhandeln.« Dazu aber sei es leider nicht mehr gekommen, da Verteidigungsminister Angelo Reyes beziehungsweise das Verteidigungsministerium und die Streitkräfte (AFP) dies hintertrieben und stattdessen seit dem 11. Februar eine Militäroffensive gegen MILF-Siedlungen bei Camp Rajamuda in Pikit, Provinz North Cotabato – insbesondere gegen das Islamische Zentrum in Bulio, Pagalungan, Provinz Maguindanao – unter dem Vorwand, gegen kriminelle Elemente vorzugehen, entfesselten. Die gegenwärtige Militäroffensive, so Salamat, laufe nach dem selben Muster ab wie diejenige im Sommer 2000, als der damalige Präsident Joseph Estrada den »totalen Krieg« gegen die Moros führte.

»Es ist offensichtlich«, schreibt Salamat weiter, »daß Reyes und seine Feldkommandeure die gleichen repressiven Maßnahmen verüben — ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung und Nicht-Kombattanten. Der Angriff auf Camp Rajamuda und das Islamische Zentrum in Bulio erfolgte zeitgleich mit den Festlichkeiten anlässlich von *Eid-ul Adha*. Dieser barbarische Akt verletzte vorsätzlich die religiösen Gefühle des Bangsamoro-Volkes (der muslimischen Bevölkerung in den Südpilippinen – R.W.) und beweist, dass es letztlich keinen Unterschied zwischen der Arroyo- und Estrada-Administration gibt. (...) Die jetzige Administration täuscht eine friedliebende Politik vor, um hinterhältig den Krieg zu schüren.«

# Beendet den Krieg in Mindanao!

## Ein Aufruf der Friedensinitiative Mindanao Peoples' Peace Movement

*Die Mindanao Peoples' Peace Movement (MPPM), ein Zusammenschluss mehrerer Menschenrechts- und Friedensorganisationen, verurteilt die neuerliche Eskalation dieses Krieges, der Zentralmindanao weiter zerstört und viele Tausend Zivilist/innen aus ihren Häusern vertreibt.*

Im Gegensatz zu Verteidigungsminister Angelo Reyes, der die Militärschläge als das bezeichnet, »was die Menschen in Mindanao möchten«, verlangen diese Menschen stattdessen mit Nachdruck ein Ende jener Ungerechtigkeiten, die immer wieder ihre Existenzgrundlage zerstören und die Menschen hungrig, krank, verängstigt und schließlich ohne Land zurücklassen.

Die Armee hat schon vor vielen Wochen damit begonnen, 2.000 Soldaten und 30 Panzer in der Gegend von Pikit, Cotabato, zusammenzuziehen, und sie hat damit in der zweiten Februarwoche den Ausbruch gewalttätiger Auseinandersetzungen provoziert. Die philippinischen Streitkräfte (AFP) versuchen, ihren Vorstoß als

Präventivschläge zu rechtfertigen — Beschuss, Bombenangriffe sowie die Eroberung von Gebieten der MILF (Moro Islamic Liberation Front — d. Red.), in denen diese angeblich Mitgliedern von Pentagon, einer Bande von Entführern, Unterschlupf gewährt haben. Die gleiche Begründung diente schon früher als Vorwand für Militärschläge, jedoch ist es den AFP bislang nicht gelungen, auch nur ein einziges Pentagon-Mitglied zu fangen oder überhaupt zu beweisen, dass die MILF mit kriminellen oder terroristischen Gruppierungen zusammenarbeitet. Die Übergriffe der AFP sind eine Verletzung des Waffenstillstandsabkommens von 2001.

Diesem Abkommen zufolge müssen das Ministerium für Innere

Sicherheit (Department of National Defense; DND) und die philippinische Polizei (PNP) der MILF geplante Angriffe im Voraus ankündigen und dabei auch die Namen der Kriminellen angeben, gegen die sie im MILF-Gebiet vorgehen möchten. Es sollen dann mit der MILF gemeinsame Truppen aufgestellt werden, um die Gesuchten zu verfolgen. Bislang hat die Regierung jedoch noch nicht versucht, gemäß dieser Abmachung vorzugehen und dadurch Präventivschläge und bewaffnete Zusammenstöße zu vermeiden.

MILF und AFP sollten unter Vermittlung des Coordinating Committee on the Cessation of Hostilities (CCCH) zusammenarbeiten. Beide Seiten sollten zeigen, dass sie ernst-